

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 9

vom 6. März 2015
Redaktion: Katja Richardt

Bund

931. Sitzung des Bundesrates 2

Gesundheit

Mehr Pflegekräfte ans Krankenbett 5

Wissenschaft und Forschung

Millionenförderung für Universität Hamburg im Rahmen der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ 6

Fachtagung "Datenbanksysteme für Business, Technologie und Web\ 7

Wirtschaft und Hafen

Weltgrößte Hafenkonzferenz vom 1.-5. Juni in Hamburg 9

Kultur

Staatsarchiv zeigt Ausstellung über Spuren der Reformation in Hamburg 13

Zur Information

Terminkalender 14

Landesvertretung Hamburg, 5.3.2015/lv05

An der 931. Sitzung des Bundesrates am 6. März 2015 nehmen der Erste Bürgermeister Olaf Scholz, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks und Staatsrat Wolfgang Schmidt teil.

Die Tagesordnung umfasst 29 Punkte.

„Pille danach“ wird endlich rezeptfrei

Die ‚Pille danach‘ wird in Kürze rezeptfrei in der Apotheke erhältlich sein. Mit einer entsprechenden Änderung der Arzneimittelverschreibungsverordnung setzt die Bundesregierung eine Entscheidung der Europäischen Kommission in deutsches Recht um. Zuvor hatte der Bundesrat auf Initiative Hamburgs mehrmals die Rezeptfreiheit des Notfallkontrazeptivums auf Basis von Levonorgestrel gefordert (u.a. Beschluss 705/13). **Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks:** „Auf Länderseite haben wir zu dem Thema in den vergangenen Jahren mehrere Anträge gestellt. Leider musste die Bundesregierung erst durch eine Entscheidung der Europäischen Kommission gezwungen werden, die langjährige Forderung nach einer Entlassung der ‚Pille danach‘ aus der Verschreibungspflicht umzusetzen.“ Im Gegensatz zu Deutschland kann die ‚Pille danach‘ bereits in den meisten europäischen Ländern rezeptfrei und komplikationslos in Apotheken gekauft werden. Der Bundesrat wird der Änderung der Arzneimittelverschreibungsverordnung am Freitag deshalb mit großer Mehrheit zustimmen. Damit wird die ‚Pille danach‘ ab voraussichtlich dem 15. März 2015 auch hierzulande rezeptfrei erhältlich sein. **Cornelia Prüfer-Storcks:** „Oft besteht die Notwendigkeit der Einnahme der ‚Pille danach‘ am Wochenende oder in der Nacht, wenn eine ärztliche Betreuung durch Notfalldienste mit entsprechenden Wartezeiten erfolgt. Mit der rezeptfreien Abgabe in Apotheken kann die notwendige schnelle Einnahme auch zu diesen Zeiten sichergestellt werden.“

Bekämpfung des internationalen Terrorismus

Die Bundesregierung will mit verschiedenen Änderungen des Strafrechts den internationalen Terrorismus gezielter bekämpfen. Beispielsweise soll künftig bereits die Ausreise aus Deutschland strafbar sein, wenn sie dazu dient, sich in Terrorcamps ausbilden zu lassen oder an Kämpfen in Krisengebieten teilzunehmen. Ferner soll ein neuer Tatbestand der ‚Terrorismusfinanzierung‘ geschaffen werden, wonach jegliches Sammeln, Entgegennehmen oder Bereitstellen von Vermögenswerten für terroristische Aktivitäten unter Strafe gestellt wird. Bislang ist dies nur strafbar, wenn es sich um bedeutende Vermögen handelt. Der entsprechende Gesetzentwurf zur Änderung der Verfolgung der Vorbereitung von schweren staatsgefährdenden Gewalttaten liegt dem Bundesrat am Freitag im ersten Beratungsdurchgang vor. Mit den Änderungen will die Bundesregierung zudem die Resolution ‚Foreign Terrorist Fighters‘ des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 24. September 2014 umsetzen.

Ersatzausweis für Terrorverdächtige

Terrorverdächtigen soll künftig auch der Personalausweis entzogen werden können. Damit will die Bundesregierung ein weiteres Instrument zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus schaffen. Konkret soll verhindert werden, dass gewaltbereite Dschihadisten in Krisengebiete ausreisen, um dort an Kampfhandlungen teilzunehmen. Aus Europa sind inzwischen 3400 Menschen, davon etwa 600

aus Deutschland, nach Syrien und in den Irak gereist, um sich dem ‚Islamischen Staat‘ anzuschließen. Von diesen 600 sogenannten ‚Foreign Fighters‘ sind etwa 200 Personen teilweise radikalisiert nach Deutschland zurückgekehrt. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Personalausweis-gesetzes liegt dem Bundesrat am Freitag im ersten Beratungsdurchgang vor. Er soll die Rechtsgrundlage schaffen, unter bestimmten Voraussetzungen Extremisten nicht nur den Reisepass, sondern auch den Personalausweis zu entziehen. Denn ein Entzug des Reise-passes, welcher nach geltendem Recht bereits möglich ist, kann eine Ausreise in vielen Fällen nicht verhindern, da der Personalausweis als Reisedokument oft ausreicht. Terrorverdächtige würden künftig einen Ersatz-Personalausweis erhalten, der nur innerhalb der Bundesrepublik Deutschland gültig ist und nicht zur Ausreise berechtigt.

Verschärfter Kampf gegen Korruption

Mit dem Gesetzesentwurf zur Bekämpfung der Korruption will die Bundesregierung verschiedene internationale Vorgaben zur Korruptionsbekämpfung in deutsches Recht umsetzen. Dem Bundesrat liegt dieser am Freitag in einem ersten Beratungsdurchgang vor. Vorgesehen ist unter anderem, Schmiergeldzahlungen in der Wirtschaft, d.h. Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr, umfassender als bisher unter Strafe zu stellen. Während es bislang für die Strafbarkeit erforderlich war, dass zum Nachteil des Wettbewerbs gehandelt wird, soll es künftig ausreichend sein, dass der bestochene bzw. bestechliche Angestellte zum Nachteil seines Arbeitgebers handelt. Darüber hinaus wird die Strafbarkeit wegen Bestechung und Bestechlichkeit von europäischen und internationalen Amtsträgern erweitert und der Strafraum für das Vorbereiten des Ausspähens und Abfangens von Daten auf eine Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren erhöht. Die Länder begrüßen den Gesetzentwurf ausdrücklich, werden die Bundesregierung in einer Stellungnahme jedoch auffordern, auch den Bereich der Bauleistungen mit einzubeziehen.

Lebensversicherungen: Hamburg begrüßt Regelungen zur Teilkollektivierung

Künftig soll die Überschussbeteiligung der Versicherten nicht mehr davon abhängen, ob der Vertrag zum Alt- oder Neubestand eines Lebensversicherers gehört. Bereits erworbene Ansprüche sollen in jedem Fall in voller Höhe erhalten bleiben. Die dafür notwendigen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen will eine Verordnung der Bundesregierung schaffen, welche der Bundesrat am kommenden Freitag mit den Stimmen Hamburgs beschließen wird. Konkret geht es bei der Verordnung um die sogenannte Teilkollektivierung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB). Notwendig wird diese Regelung, da seit 1994 bei Lebensversicherungen zwischen einem Alt- und einem Neubestand unterschieden wird. Diese ursprünglich europarechtlich begründete Trennung hat das bis dahin bestehende Generationenmodell der Überschussbeteiligung unterbrochen und zu einer ungleichmäßigen RfB-Ausstattung der beiden Bestände geführt. Um allen Versicherten eine faire und stabile Rendite ihrer Lebensversicherung zu ermöglichen, wurde 2014 die Errichtung eines kollektiven Teils der RfB ermöglicht, der als Ausgleichsmechanismus zwischen Alt- und Neubestand dient. Mit der vorliegenden Verordnung soll dieser Mechanismus nun angepasst werden, um auch in der bestehenden Niedrigzinsphase einen angemessenen Ausgleich zwischen Alt- und Neubestand herstellen zu können. Der Bundesrat hat in Abstimmung mit der Bundesregierung eigene Änderungsvorschläge zur Verordnung vorgelegt, die eine flexiblere, im Sinne der Versicherten gestaltete Anwendung des Mechanismus ermöglichen. Zudem hat die Bundesregierung auf Betreiben der Länder eine Evaluierung dieses komplexen Mechanismus‘ zugesagt.

Investitionsoffensive: EU will Wachstum ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen

Der Bundesrat berät am Freitag auch über die Investitionsoffensive der Europäischen Kommission, mit der das Wirtschaftswachstum in Europa angekurbelt und europaweit Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Durch die Investitionsoffensive sollen in den kommenden drei Jahren öffentliche und private Investitionen im Umfang von mindesten 315 Milliarden Euro mobilisiert werden. Als Finanzierungsinstrument soll insbesondere ein mit 21 Milliarden Euro garantierter neuer Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSI) dienen. Dabei zielt die Förderung hauptsächlich auf eine verbesserte Infrastruktur ab, wie etwa in den Bereichen Breitband und Energienetze sowie Verkehr in Industriezentren. Aber auch Aus- und Fortbildung, Forschung und Innovation, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sollen im Fokus der neuen Förderung stehen. Mit einer ausführlichen Stellungnahme werden die Länder die Bundesregierung bitten, u.a. sicherzustellen, dass der neue Europäische Fonds ausschließlich aus bestehenden EU-Haushaltsmitteln sowie aus Mitteln der Europäischen Investitionsbank finanziert wird. Zudem müssten die Länder bei der Auswahl der Projekte beteiligt werden. Unterstrichen wird von Länderseite ferner, dass die Auswahlkriterien für Investitionsprojekte dahingehend konkretisiert werden sollten, dass insbesondere innovative und nachhaltige Projekte mit dem EFSI unterstützt werden. Dabei dürfe der Fonds jedoch keine privaten Projektfinanzierungen verdrängen. Die Länder begrüßen schließlich, dass die Projektauswahl durch unabhängige Expertinnen und Experten sowie ohne geografische Quoten, d.h. nur an Hand projektspezifischer Vor- und Nachteile, erfolgen soll. Hier dürfe es mit Blick auf das Investitionsverzeichnis auch zu keinerlei Vorfestlegungen bezüglich einer möglichen Finanzierung durch den EFSI kommen.

Rückfragen der Medien:

Dr. Katrin Cholotta

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Fon: 030 – 2 06 46-117

eMail: katrin.cholotta@lv.hamburg.de

www.hamburg.de/landesvertretung

6. März 2015/bgv06

Mehr Pflegekräfte ans Krankenbett

Krankenhausreform verbessert Personalausstattung der Hamburger Krankenhäuser

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat in einer Pressekonferenz heute die Ergebnisse einer eigenen bundesweiten Stichproben-Erhebung zur Nachtbesetzungen in ausgewählten Krankenhäusern vorgestellt. Die Hamburger Gesundheitsbehörde stimmt mit ver.di überein, dass die Arbeitsbelastungen des Personals in Krankenhäusern relevant ist für die Patientensicherheit. Wenn beispielsweise eine Krankenpflegekraft in Deutschland rd. 10 Patienten, aber in Schweden oder den Niederlanden nur die Hälfte zu versorgen hat, ist dies deutlicher Beleg dafür, dass das System in deutschen Kliniken grundsätzlich hinterfragt werden muss.

Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks: „Bislang gibt es kein verbindliches Bemessungssystem, das den Klinikalltag richtig abbildet oder aufgrund dessen eine Personalbemessung in der Pflege vorgegeben werden kann. Dieses muss entwickelt werden, wenn wir wirklich grundlegend und nachhaltig die Situation verbessern wollen. Deshalb ist ein neues Finanzierungssystem für die Pflege, wie wir es in den Eckpunkten zur Krankenhausreform beschlossen haben, notwendig.“

Während in den letzten zehn Jahren die Krankenhaufälle um über eine Million gestiegen sind, wurden rund 30.000 Stellen im ärztlichen Dienst auf- und trotz eines Pflegeförderprogramm 25.000 Stellen im nichtärztlichen Bereich abgebaut. Das hat zu einer massiven Arbeitsverdichtung im Pflegebereich geführt. Die Bund-Länder-AG zur Krankenhausreform hat sich in ihren Eckpunkten darauf verständigt, dass beim Bundesministerium der Gesundheit eine Expertinnen- und Expertenkommission, bestehend aus Praxis, Wissenschaft und Selbstverwaltung, angesiedelt wird, die bis spätestens Ende 2017 Vorschläge unterbreiten soll, wie die sachgerechte Abbildung von Pflegebedarf über die DRG-Fallpauschalen oder über ausdifferenzierte Zusatzentgelte erfolgen kann.

Senatorin Prüfer-Storcks: „Dieses Vorgehen ist sinnvoll, weil es die Ermittlung des Personalbedarfs mit der Finanzierung des Personals durch DRG-Fallpauschalen oder Zusatzentgelte verknüpft. Denn ein vom Gesetz vorgegebener Personalbedarf ohne gleichzeitige Klärung der Finanzierung etwaiger zusätzlicher Kosten ist keine zielführende Lösung für den Personalmangel im Bereich der Krankenpflege.“

Um kurzfristig aber bereits mehr Pflegekräfte an die Betten zu bringen wurde in den Eckpunkten festgelegt, in den kommenden drei Jahren für ein Pflegestellen-Sonderprogramm 660 Mio. Euro bereitzustellen. Dadurch können bis zu 7.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz
Rico Schmidt, Tel.: 040/ 428 37-2332

E-Mail: pressestelle@bgv.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/bgv

4. März 2015/bwf04

Millionenförderung für Universität Hamburg im Rahmen der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“

In der gemeinsamen „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern stehen die erfolgreichen Hochschulen der ersten Bewilligungsrunde fest. Im Rahmen des Förderprogramms können sich Hochschulen mit innovativen Konzepten bewerben, um die Lehrkräfteausbildung weiter voranzubringen. Für die erste Förderphase wurden 80 Konzepte von Hochschulen eingereicht. In der ersten von zwei Bewilligungsrunden dieser Phase haben 19 Konzepte die Gutachter überzeugt und sind als förderwürdig eingestuft worden. Die Universität Hamburg konnte sich dabei mit ihrem Konzept „Professionelles Lehrerhandeln zur Förderung fachlichen Lernens unter sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen (ProfaLe)“ durchsetzen. Sie erhält hierfür eine Fördersumme in Höhe von rund 6 Millionen Euro.

Wissenschaftssenatorin **Dr. Dorothee Stapelfeldt**: „Der Lehrerberuf zählt heute zu den anspruchsvollsten Berufen. Der praxisorientierten Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern kann daher nicht genug Bedeutung beigemessen werden. Die Universität Hamburg hat im bundesweiten Wettbewerb mit ihrem Konzept überzeugt, das unter anderem den Herausforderungen der sprachlich-kulturellen Heterogenität und der Inklusion in den Klassenzimmern Rechnung trägt. Ich gratuliere der Universität und allen beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu diesem Erfolg.“

Die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ umfasst zwei Förderphasen 2014 bis 2018 und 2019 bis 2023. In einem wettbewerbsorientierten Verfahren sollen Projekte gefördert werden, die eine Lehrerausbildung aus einem Guss ermöglichen und eine stärkere Abstimmung all jener an einer Hochschule sicherstellen, die für die Ausbildung der Lehrkräfte verantwortlich sind. Ziel der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ ist es, eine praxisorientierte Ausbildung zu fördern, die die Schulwirklichkeit einbezieht.

Nähere Informationen im Internet unter:

<http://www.bmbf.de/foerderungen/24295.php>

Rückfragen der Medien:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Pressesprecher

Dr. Alexander von Vogel, Tel: 040/42863-2322

E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

5. März 2015/bwf05

Fachtagung "Datenbanksysteme für Business, Technologie und Web"

Zentrales Forum der deutschsprachigen Datenbankexperten mit Schwerpunktthema „Big Data“ zu Gast in Hamburg

Die Fachtagung "Datenbanksysteme für Business, Technologie und Web" (BTW-Tagung) ist seit beinahe drei Jahrzehnten das zentrale Forum der deutschsprachigen Datenbankgemeinde. Zu ihr treffen sich alle zwei Jahre Wissenschaftler, Praktiker und Anwender, um sich zu Themen der Datenbank- und Informationssystemtechnologie auszutauschen.

Das zentrale Thema der diesjährigen BTW-Tagung – Big Data – wird vom Branchenverband BITKOM in der Liste der aktuellen TOP-Themen an erster Stelle genannt und wie folgt erläutert: „In der modernen Wirtschaft gewinnt das Management von Daten für den Geschäftserfolg schnell an Bedeutung. Die intelligente Auswertung von großen Datenmengen kann Unternehmen wichtige Informationen liefern: Zugriffsstatistiken auf Webseiten, wissenschaftliche Daten aus der Kernphysik, Medizin oder Klimaforschung. Durch sie gewinnen Unternehmen neue Erkenntnisse über Marktentwicklungen und Kundenbedürfnisse. Der Begriff „Big Data“ bezeichnet die wirtschaftlich sinnvolle Gewinnung und Nutzung entscheidungsrelevanter Erkenntnisse aus qualitativ vielfältigen und unterschiedlich strukturierten Informationen. Sämtliche Schritte ihrer Verarbeitung – von der Erfassung und Speicherung bis zur Analyse und Visualisierung – bergen enorme Herausforderungen, zugleich aber auch Chancen zur Herausbildung von Wettbewerbsvorteilen und der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Big Data stellt Konzepte, Methoden, Technologien, IT-Architekturen sowie Tools zur Verfügung, um die vielfältigen Informationen in fundierte und gewinnorientierte Management-Entscheidungen umzusetzen und so die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu stärken und zu verbessern.“

Der Staatsrat der Behörde für Wissenschaft und Forschung, **Dr. Horst-Michael Pelikahn**, betonte im Rahmen eines Senatsempfangs im Hamburger Rathaus, dass nach dem aktuellen IT-Wirtschaftsmonitor die Informationstechnologie als Querschnittstechnologie für die gesamte Hamburger Wirtschaft von strategischer Bedeutung und der IT-Fachkräftemangel für über 60 Prozent der IT-Unternehmen das größte Risiko für eine weiterhin positive Entwicklung sei. „Wir freuen uns daher sehr, dass der Fachbereich Informatik der Universität Hamburg als größte wissenschaftliche Einrichtung zur akademischen Ausbildung von Informatikerinnen und Informatikern nicht nur dem IT-Fachkräftemangel entgegenwirkt, sondern auch Wissenschaftler und Praxisvertreter im Rahmen der BTW 2015 zusammenführt, um top-aktuelle Themen wie Big Data zu behandeln.“, so Staatsrat Pelikahn.

Die für Forschung zuständige Vizepräsidentin der Universität Hamburg, **Prof. Dr. Claudia Leopold**, und der Dekan der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften (MIN-Fakultät), **Prof. Dr. Heinrich Graener**, verwiesen einmütig auf die starken interdisziplinären Verflechtungen der Informatik mit einer Vielzahl von weiteren wissenschaftlichen Disziplinen der Universität, die am Beispiel des Top-Themas Big Data besonders deutlich werden. Hierzu zählen die naturwissenschaftlichen Bereiche der Klimaforschung und der Physik; aber auch die Medizin und die Arbeits-, Sozial und Wirtschaftswissenschaften sind für die Big Data-Forschung unverzichtbar.

Der Leiter des Fachbereichs Informatik der Universität Hamburg, **Prof. Dr. Tilo Böhmann**, ergänzte: „Der Fachbereich Informatik ist nicht nur die größte wissenschaftliche Ausbildungseinrichtung für IT-Berufe der Region, sondern zeichnet sich durch sowohl grundlagen- als auch anwendungsorientierte Wissenschaft aus. Insbesondere Letztere wirkt durch zahlreiche Projekte und Kooperationen direkt in die Hamburger Wirtschaft. Ein gutes Beispiel hierfür ist das so genannte ITMC-Netzwerk. Viele der beteiligten Firmen beschäftigen sich mit Fragen im Zusammenhang mit Big Data. Einige der Firmen sind sogar direkt an der Ausrichtung der BTW 2015 als Sponsoren und Aussteller beteiligt.“

Prof. Dr. Norbert Ritter, Professor für Datenbanken und Informationssysteme am Fachbereich Informatik der Universität Hamburg und Tagungsleiter der BTW 2015, freute sich, dass die renommierte und traditionsreiche Konferenz BTW zu ihrem 30-jährigen Jubiläum zu Gast in Hamburg ist. „Neben dem Top-Thema Big Data behandelt die BTW 2015 die volle Bandbreite aktueller Informationssysteme- und Datenbanktechnologie. Dabei kommen neben internationalen Koryphäen auch der wissenschaftliche Nachwuchs, Studierende und Praxisvertreter zu Wort. Wir danken der Gesellschaft für Informatik, dass die Universität Hamburg Gastgeber der diesjährigen BTW sein darf!“, so Prof. Dr. Ritter.

Nähere Informationen finden Sie auf der Webseite zur Konferenz: <http://www.btw-2015.de/>

Rückfragen der Medien:

Behörde für Wissenschaft und Forschung
Pressesprecher, Dr. Alexander von Vogel
Tel: 040/42863-2322
E-Mail: alexander.vonvogel@bwf.hamburg.de

Universität Hamburg
Fachbereich Informatik
Prof. Dr.-Ing. Norbert Ritter
Tel.: 040/42883-2420
E-Mail: ritter@informatik.uni-hamburg.de

IAPH 2015 Presse Information, 3. März 2015/hpa03

Weltgrößte Hafenkonzferenz vom 1.-5. Juni in Hamburg

In diesem Jahr ist Hamburg Schauplatz der IAPH World Ports Conference. Vom 1. bis 5. Juni diskutieren internationale Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft über veränderte Anforderungen und alternative Handlungsweisen in Zeiten der Globalisierung und des Klimawandels. In den Fokus der Konferenz stellt Gastgeber Hamburg Port Authority (HPA) sein Konzept des „smartPORT“. Während der fünftägigen Konferenz erfahren die Gäste, was Hamburg, Europa und die Welt unter intelligentem Hafenmanagement verstehen.

Jens Meier, CEO der Hamburg Port Authority, erläutert in diesem Zusammenhang, wie im Hamburger Hafen durch Einsatz einer IT-gestützten Infrastruktur wirtschaftliche und logistische Prozesse effizienter und nachhaltiger gemacht werden können. Michael Pal, Principal Logistics Analyst for Fremantle Ports, demonstriert am Beispiel des „Truck Marshalling Automation and Key Performance Indicator Control“, eine australische Sichtweise von intelligentem Hafenmanagement. Darüber hinaus liefern Vertreter aus Stockholm, Valencia und Fernost Antworten auf die Frage, was einen Hafen zum smartPORT macht.

Zum Auftakt in die Konferenz geht es in die Diskussion um das Thema Schiffgrößenentwicklungen: Auf dem Podium wird unter anderem beleuchtet, vor welchen Herausforderungen Häfen, Terminals und Kapitäne bei der Abfertigung von Mega-Carriern stehen und ob die Entwicklung von Schiffgrößen limitiert ist. Als Einstieg in diese Fragestellung dient ein allgemeiner Überblick zu weltwirtschaftlichen Entwicklungen, den Peter Hinchliffe, Secretary General International Chamber of Shipping, und Dr. Christian Growitsch, Director of the Hamburg Institute of International Economics (HWWI), geben.

Der letzte Konferenztag widmet sich in Parallelsessions den Themen Kreuzfahrt, Hafenrecht und Luftreinheit in Häfen. Zudem trifft sich das IAPH Women's Forum zur Frage „How diversity contributes to smart thinking“. In der Kreuzfahrt-Session beleuchtet unter anderem Douglas Ward, Autor des Berlitz Cruise Guides, die Bedeutung eines „Wow-Effekts“ in der Vermarktung von Kreuzfahrtangeboten. Beim Thema Hafenrecht widmen sich Rechtsexperten aus Rotterdam, London und Hamburg unter anderem dem Thema Standortfaktoren für die Verfolgung maritimer Rechtsangelegenheiten. Zudem gehen sie der Frage nach, wie angemessen Versicherungspolizen im Falle von Unfällen in Häfen heute noch sind. Sind Schiffsladungen heute noch ausreichend versichert? Wer haftet im Falle von Sach- oder Personenschäden in Häfen?

Rund um die Konferenz bietet ein attraktives Rahmenprogramm die Möglichkeit, die Stadt Hamburg von ihrer schönsten Seite kennenzulernen und mit internationalen Kollegen zu Netzwerken. Für das Abendprogramm lädt die HPA ihre Konferenzteilnehmer in das stilvolle Ambiente historischer Gebäude im Herzen der Hansestadt. Zudem laden Exkursionen ein, den smartPORT Hamburg hautnah zu erleben. Alle Informationen rund um das Konferenzprogramm sind auf www.iaph2015.org online zu finden.

Hamburg Port Authority (HPA)

Die Hamburg Port Authority betreibt seit 2005 ein zukunftsorientiertes Hafenmanagement aus einer Hand. Als Anstalt öffentlichen Rechts ist die HPA verantwortlich für die effiziente, Ressourcen schonende und nachhaltige Vorbereitung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen im Hafen. Die HPA ist Ansprechpartner für alle Fragen der wasser- und landseitigen Infrastruktur, der Sicherheit des Schiffsverkehrs, der Hafenbahnanlagen, des Immobilienmanagements und der wirtschaftlichen Bedingungen im Hafen. Dazu stellt die HPA die erforderlichen Flächen bereit und übernimmt alle hoheitlichen Aufgaben und hafenwirtschaftlichen Dienstleistungen. Sie vermarktet spezielles, hafenspezifisches Fachwissen und nimmt die hamburgischen Hafeninteressen auf nationaler und internationaler Ebene wahr.

IAPH International Association of Ports and Harbors

Als globale Interessenvertretung der Seehäfen wurde die International Association of Ports and Harbors (IAPH) am 7. November 1955 in Los Angeles, USA, gegründet. Beteiligt waren etwa 100 Delegierte von 38 Häfen und maritimen Vereinigungen aus 14 Ländern. Die Organisation hat ihren Sitz in Tokio, Japan. In den zurückliegenden über fünf Jahrzehnten entwickelte sich die IAPH zu einem weltweit agierenden Verband, der über 200 Häfen aus 90 Nationen repräsentiert. In den Mitgliedshäfen werden rund 60 % des gesamten Seehandels und annähernd 80 % des weltweiten Containerumschlags abgewickelt. Die IAPH agiert regierungsunabhängig und gemeinnützig. Ihr erklärtes Ziel ist es, die Zusammenarbeit ihrer Mitglieder zu fördern und gemeinsam Lösungen für globale maritime Probleme zu finden. Zudem gibt die Organisation kontinuierlich Erkenntnisse und Empfehlungen an ihre Mitglieder weiter, die so von den Erfahrungen anderer profitieren können.

PRESSEMITTEILUNG/hwf02

Internationale investieren immer mehr in Hamburg

Auf der Gewerbeimmobilienmesse MIPIM in Cannes wird um weitere Investments geworben.

Hamburg, 02. März 2015 – Der Immobilienstandort Hamburg steht mehr und mehr im Fokus internationaler Investoren. Waren im Jahr 2013 ausländische Unternehmen zu 28 Prozent am Transaktionsvolumen beteiligt, stieg dieser Anteil 2014 auf rund 44 Prozent, wie der Immobiliendienstleister Grossmann & Berger errechnete. „Bei den zwölf größten Transaktionen waren internationale Akteure überdurchschnittlich vertreten“, sagte Axel Steinbrinker, Geschäftsführer von Grossmann & Berger. Die größten Transaktionen des Jahres 2014 fanden in der HafenCity statt: der Verkauf von fünf Objekten im nördlichen Überseequartier sowie –das vom Volumen her umfangreichste Projekt – die Entwicklung des südlichen Überseequartiers durch das französische Immobilienunternehmen Unibail-Rodamco. Um das Interesse internationaler Investoren an Hamburg auf hohem Niveau zu stabilisieren, ist Hamburg in diesem Jahr wieder mit 21 Partnern auf der internationalen Gewerbeimmobilienmesse MIPIM im südfranzösischen Cannes vertreten. Dr. Rolf Strittmatter, Geschäftsführer der HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH: „Die MIPIM ist das wichtigste europäische Forum im Standortwettbewerb um Gewerbeimmobilien-Investitionen. Der stark gestiegene Anteil internationale Investoren in Hamburg zeigt, dass sich dieses Engagement auszahlt“. Sie kamen 2014 überwiegend aus Frankreich, Großbritannien, Kanada, Österreich, Schweden, der Schweiz, Spanien und den USA. Es wurde Gewerbeimmobilien im Wert von 3,65 Milliarden € gehandelt- Der Anstieg gegenüber 2015 betrug nahezu ein Drittel. Höhepunkt des Hamburger Messeauftritts ist traditionell der Hamburg / HafenCity Empfang zu dem EU Kommissar Günther Oettinger erwartet wird.

Am Hamburger Gemeinschaftsstand auf der MIPIM 2015 beteiligen sich die städtischen Partner Landesbetrieb für Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG), die IBA Hamburg GmbH, die HafenCity Hamburg GmbH und die HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH. Weitere Standpartner sind Angermann AG, ARGOS Projektmanagement, Becken Gruppe, Deutsche Immobilien, Drees & Sommer, ECE Projektmanagement, Europa-Center, Dr. Helmut Greve, Grossmann & Berger, Hamburger Sparkasse, HANSAINVEST, HSH Nordbank, Procom, Quantum, STRABAG Real Estate sowie Warburg Henderson Kapitalanlagegesellschaft für Immobilien. Institutionelle Partner sind das Urban Land Institute Deutschland (ULI), der ZIA Zentrale Immobilienausschuss sowie Property Investor Europe. Organisiert wird der Hamburger Gemeinschaftsstand von der HWF Service GmbH.

Auf der diesjährigen MIPIM gibt es einen deutlichen Zuwachs aus den wichtigsten europäischen Ländern aber auch aus den USA und Kanada.

Zwei Wochen vor der Eröffnung der MIPIM steht fest, dass die europäischen Länder wie Deutschland, Großbritannien, Belgien, Niederlande und Frankreich mit mehr Städten, mehr öffentlichen und privaten Partnern und mehr Regionen auf der führenden internationalen Immobilienmesse vertreten sein werden.

Die deutsche Delegation, die traditionell eine der größten auf der MIPIM ist, verzeichnet in diesem Jahr einen Anstieg bei den öffentlichen und privaten Ausstellern. Aus Deutschland stellten 2014 die Städte Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Nürnberg, München und Stuttgart auf der MIPIM aus. Das Bundesland Nordrhein-Westfalen war mit einem Gemeinschaftsstand der Städte Aachen, Bochum, Bonn, Dortmund, Duisburg, Essen, Köln, Mönchengladbach und der Metropole Ruhr sowie weiteren privatwirtschaftlichen und institutionellen Partnern vertreten. In 2015 wird das deutsche Engagement noch stärker. So werden z. B. erstmals die Bodensee-Region und der Euro-Distrikt Saar-Mosel vertreten sein.

Programm

Dienstag, 10. März, 14:00 Uhr, Grand Auditorium

Leading Powerhouses of the Future – Mipim City Investment Forum u.a. mit Prof. Jürgen Bruns-Berentelg, Vorsitzender der Geschäftsführung HafenCity Hamburg GmbH

Mittwoch, 11. März, 16.00 Uhr

Hamburg / HafenCity-Empfang u. a. mit EU Kommissar Günther Oettinger, Prof. Jürgen Bruns-Berentelg, Vorsitzender der Geschäftsführung HafenCity Hamburg GmbH und Dr. Rolf Strittmatter, Geschäftsführer der HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH.

Donnerstag, 12. März, 09.30 Uhr

Smart City Frühstück mit Prof. Jürgen Bruns-Berentelg, Vorsitzender der Geschäftsführung HafenCity Hamburg GmbH und dem Präsidenten des ZIA Zentralen Immobilienausschusses Dr. Andreas Mattner.

Die MIPIM

Die MIPIM ist der weltweit wichtigste Marktplatz für die Vermarktung von Standorten. Hier kommen Entscheidungsträger der Immobilienwirtschaft zusammen. Für die Aussteller und Besucher bietet sich die Chance, dauerhafte Geschäftsbeziehungen aufzubauen, Projekte zu präsentieren, Ideen zu entwickeln und den Grundstein für fruchtbare Kooperationen zu legen. Die MIPIM ermöglicht den Teilnehmern einen einmaligen Überblick über den Weltmarkt und bietet die Gelegenheit international für sich zu werben und herausragende Projekte zu präsentieren.

Kontakt:

HWF, Andreas Köpke, Bereichsleiter Marketing, Kommunikation & Strategie

Mobil: + 49 (0) 172 / 415 99 96

www.mipim.hamburg.de

4. März 2015/kb04

Staatsarchiv zeigt Ausstellung über Spuren der Reformation in Hamburg

Bis 10. April 2015 gibt das Staatsarchiv Einblicke in die Geschichte der Reformation in Hamburg

2017 ist es 500 Jahre her, dass Martin Luther seine Thesen zur Reformation veröffentlichte und damit die Welt veränderte. Seit dem Jahr 2008 steht in Deutschland in der Lutherdekade jedes Jahr unter einem bestimmten Motto. Hamburg richtet dieses Jahr das Themenjahr „Reformation – Bild und Bibel“ innerhalb der Lutherdekade aus (www.hamburger-reformation.de). Zu diesem Anlass zeigt das Staatsarchiv in einer Ausstellung Spuren des Zeitalters der Reformation in Hamburg.

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Die Reformation prägte in vielfacher Weise das konfessionelle, politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben auch in Hamburg. Das Staatsarchiv hat anlässlich der Lutherdekade schriftliche und bildliche Spuren zusammengetragen, mit denen ein spannender Einblick in diese für die Entwicklung Europas so zentrale Zeit gewährt wird. Wenn man die Quellen erforscht, eröffnen sich Einblicke in das Zeitalter der Reformation in Hamburg und in das Selbstverständnis der Zeitgenossen.“

In der Ausstellung werden einzelne Quellen präsentiert. Dazu gehören Unterlagen aus der Überlieferung des Hamburger Rates, des Doms oder der St. Nikolaikirche, aber auch einzelne Stücke des alltäglichen Gebrauchs aus privater Herkunft. So wird beispielsweise aus der Zeit vor der Reformation ein Ablassbrief zum Besten des Turmbaus von St. Nikolai aus dem Jahr 1484 gezeigt. Außerdem wird eine der ältesten Abschriften der von Johannes Bugenhagen formulierten Kirchenordnung für Hamburg (1529) zu sehen sein.

Die Ausstellung wird bis Freitag, 10. April 2015 im Staatsarchiv (Kattunbleiche 19, Hamburg-Wandsbek) zu besuchen sein. Ein Besuch ist während der Öffnungszeiten des Lesesaals möglich, der Eintritt ist frei.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

E-Mail: Enno.Isermann@kb.hamburg.de

Terminkalender

Vom 9. März bis 14. März 2015

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 09.03.2015

- 14:00** Handelskammer, Adolphsplatz 1
Staatsrat Dr. Bernd Egert spricht anlässlich der **Veranstaltung „Lettland und die EU-Ratspräsidentschaft im Wirkungskreis des Euro“** ein Grußwort.
- 16:30** SBH Schulbau Hamburg, An der Stadthausbrücke 1
Staatsrat Dr. Michael Voges nimmt an der **Aufsichts- und Verwaltungsratssitzung von SBH/GMH** teil.
- 18:00** Hamburger Rathaus, Großer Festsaal
Senatorin Jana Schiedek spricht anlässlich des **Internationalen Frauentages 2015** ein Grußwort.

Senatorin Prof. Barbara Kisseler und Staatsrat Dr. Nikolas Hill nehmen teil.
- 19:00** Laeiszhalle, Brahms Foyer, Johannes-Brahms-Platz
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht beim **Empfang der Botschafterin der Republik Lettland, Elita Kuzma, anlässlich der lettischen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union** ein Grußwort und nimmt im Anschluss daran am **Konzert des Kammerorchesters Sinfonietta Riga** teil.

Dienstag, den 10.03.2015

- 10:00** Düsseldorf, Finanzministerium
Staatsrat Dr. Michael Voges nimmt am **Gespräch der IQB-Kuratoriumsvorsitzenden und des KMK-Generalsekretärs mit Vertretern der Finanzministerkonferenz** teil.
- 13:00** Wasserschutzpolizeischule, Veddeler Damm 48
Staatsrat Volker Schiek hält anlässlich des **70jährigen Jubiläums der Wasserschutzpolizeischule** eine Rede.
- 19:00** Hapag-Lloyd AG, Ballindamm 25
Staatsrat Dr. Horst-Michael Pelikahn spricht beim **Denkmalsalon „Erhalten – Modernisieren – Weiterbauen. Der Architekt im Denkmalkontext“** mit Prof. **Johannes Kister** ein Grußwort.

Staatsrat Volker Schiek nimmt teil.
- 20:00** Thalia Theater, Alstertor
Senatorin Prof. Barbara Kisseler besucht eine **Vorstellung von "Die Schutzbefohlenen" von Elfriede Jelinek**.

Mittwoch, den 11.03.2015

- 19:00** Leipzig, Gewandhaus
Senator Ties Rabe nimmt am **Festakt zur Eröffnung der Leipziger Buchmesse** und der Verleihung des Leipziger Buchpreises teil.

Donnerstag, den 12.03.2015

ganztägig

Leipzig, Congress Center Leipzig
Senator Ties Rabe, Staatsrat Dr. Michael Voges und Staatsrat Dr. Horst Michael Pelikahn nehmen vom 12.03.2015 bis 13.03.2015 an der **349. Sitzung der Kultusministerkonferenz (KMK)** teil.

09:00

Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der **US-Kongressverwaltung (Congressional Study Group on Germany)** zum Gespräch.

19:00

Handelskammer, Adolphsplatz 1
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Eröffnung der INTERNORGA** ein Grußwort.

20:00

Kampnagel, Jarrestraße 27
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt an einer **Diskussion mit dem Titel „Werte schaffen – ein Abend über Wertschöpfung, Wertschätzung und Verwertung künstlerischer Arbeit“** im Rahmen des **Kongresses „Work in Progress 2015“** teil.

Freitag, den 13.03.2015

10:00

Kampnagel, Jarrestraße 20
Bürgermeister Olaf Scholz spricht beim **Kongress Work in Progress 2015 – Der Hamburger Kongress zur Zukunft der Arbeit** – ein Grußwort.

13:30

Lufthansa Technik AG, Weg beim Jäger 193
Bürgermeister Olaf Scholz spricht im Rahmen der **Verabschiedung von August Wilhelm Henningsen, Vorstandsvorsitzender der Lufthansa Technik AG**, ein Grußwort.

16:00

Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt den **Präsidenten der Autonomen Gemeinschaft (Region) der Balearen, José Ramón Bauzá**, zum Gespräch.

Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt teil.

Samstag, den 14.03.2015

09:45

St. Marien-Dom, Danziger Straße 52
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Bischofsweihe und Amtseinführung des neuen Erzbischofs Dr. Stefan Heße** ein Grußwort.

Senator Ties Rabe nimmt teil.